

Stellungnahme der SPD Sachsen

1. Gesellschaftliche und Politische Teilhabe gewährleisten - wie?

Positionierung der SPD:

Ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, nicht nur für, sondern auch mit Menschen mit Behinderung Rahmenbedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilnehmen können.

Im Hinblick auf die barrierefreien Wahlmöglichkeiten in Sachsen hatte die SPD einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der im letzten Plenum dieser Legislatur verabschiedet wurde. Aus Sicht der SPD gibt es hierbei noch weitergehenden Handlungsbedarf, welcher bei der Weiterentwicklung des Sächsischen Integrationsgesetzes zu einem Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung geregelt werden muss.

2. Barrierefreie, inklusive Bildung verwirklichen - wie?

Positionierung der SPD

Die sächsische SPD hat im Beirat Sonderpädagogische Förderung beim SMK ihre Vorstellungen über Prozesse in Richtung eines inklusiven Schulsystems eingebracht, leider bislang ohne die nötige Resonanz. Wir legen Ihnen dieses Papier bei. Kurz gefasst heißt dies: Die Entscheidung über die Wahl der Schule muss bei den Eltern liegen. Die Bedingungen für Integration sind zu verbessern, indem die Ressourcen über das zu fördernde Kind/den zu fördernden Jugendlichen an die Schule gelenkt werden – gleich eben ob Regelschule oder Förderschule, so lange diese gesondert existiert. Selbstverständlich muss es lernzieldifferente Integration auch im Sekundarbereich geben. Förderschulen als eigenständige Einrichtungen wollen wir schrittweise auflösen und zunächst als Förderklassen oder –gruppen an Regelschulen angliedern, diese zu entsprechenden förderpädagogischen Kompetenzzentren entwickeln und so selbst bei nichtintegrativem Besuch die Schwellen für Integration niedrig und die Möglichkeiten groß halten. Letztlich muss der Anspruch der Eltern bzw. Jugendlichen im Schulgesetz festgeschrieben werden.

3. Raus aus der Sozialhilfe - rein in eine selbstbestimmte Lebensform - allgemeines Behindertengeld im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe verwirklichen - wie?

Positionierung der SPD

Die SPD steht für den Paradigmenwechsel innerhalb der Politik für behinderte Menschen in ganz Deutschland. Seit der Einführung des SGB IX und des Bundesgleichstellungsgesetzes steht nicht mehr die Fürsorge und Versorgung im Mittelpunkt, sondern es geht um Maßnahmen und Instrumente, die die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Beseitigung von Hindernissen und Barrieren im Vordergrund.

Nachteilsausgleiche sind hier eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft.

Die sächsische SPD steht dafür, dass die Leistungen nach dem Gesetz über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche erhalten bleiben. Auch sprechen wir uns für eine Dynamisierung und Erweiterung der Leistungen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmöglichkeiten aus.

Insbesondere bei den Leistungen für betroffene Kinder sieht die SPD großen Handlungsbedarf. Hier muss eine Verbesserung angestrebt werden, da Integration von Beginn an für die SPD eine der wichtigsten Maßgaben zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von behinderten Menschen darstellt.

Insgesamt steht die SPD auch hinter dem Konzept des Persönlichen Budgets, mit dem Menschen mit Behinderung in die Lage versetzt werden sollen, selbstbestimmt über die für sie notwendigen Leistungen zu bestimmen und diese Mittel dann eigenständig einzusetzen.

4. Arbeit sichern, behinderte Menschen gezielt qualifizieren und beschäftigen - wie?

Positionierung der SPD

Die Integration in Beruf und Erwerbstätigkeit ist grundlegend für eine gelungene Integration von Menschen mit Behinderung. Hierbei gilt es nach wie vor Vorurteile abzubauen und insbesondere auch die Arbeitgeber gezielt über Beschäftigungs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu informieren.

Im Bereich der beruflichen Integration sind die Arbeitsmarktprogramme des Bundes wie "Initiative job" und "Job4000", das Persönliche Budget als Rechtsanspruch und das neue Instrument Unterstützte Beschäftigung besonders wichtig.

Die SPD hatte deshalb in Sachsen eine Informationskampagne für Arbeitgeber ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt. Auch Maßnahmen wie die Ausgleichsabgabe müssen im Hinblick auf ihre Wirkung und eventuelle Weiterentwicklung auf den Prüfstand. Der öffentliche Dienst muss sowohl bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung als auch bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eine Vorbildstellung einnehmen.

Projekte wie die in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz werden von der Sächsischen SPD unterstützt und wurden bereits in verschiedenen Veranstaltungen der SPD vorgestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Budget für Arbeit auch in Sachsen eingeführt wird.

5. Wohnen, wo alle wohnen - wie ?

Positionierung der SPD

Mit einem neuen Heimrecht, welches der Landtag in der kommenden Legislatur zu regeln hat, muss der Bereich Wohnen gerade für Menschen mit Behinderungen flexibel und